

STAENDERAT

Geschäftsprüfungskommission  
Tel. 031/61.62.12

20.4.70

Fragen zum Geschäftsbericht 1969

(1t. Kommissionsbeschluss vom 17.4.70)

Bitte Antworten in 15 Exemplaren bis zum 4. Mai 1970 an das Sekretariat der Geschäftsprüfungskommissionen, nur in der Sprache der Frage.

B. Politisches DepartementFragen an alle Departemente

Frage 1: Die Kommission wünscht ein Verzeichnis der ausserparlamentarischen Kommissionen im Geschäftsbereich Ihres Departementes bzw. der Bundeskanzlei mit folgenden Angaben:

- a. Bezeichnung der Kommission und Name des Präsidenten.
- b. Aufgabe (sofern nicht schon aus der Bezeichnung ersichtlich).
- c. Wie oft ist die Kommission 1969 zusammengetreten, und welches ist der gegenwärtige Stand der Arbeiten (stichwortartige Schilderung)?

Frage 2: Welche "Delegierte" für besondere Aufgaben sind im Geschäftsbereich Ihres Departementes bzw. der Bundeskanzlei tätig? Welches ist ihr Rechtsverhältnis zum Bund? Sind sie haupt- oder nebenamtlich tätig?

Spezialfragen

Frage 3 (S. 4) - (Hr. Wipfli): Welche Massnahmen sind zur Verstärkung des Schutzes unserer diplomatischen Vertreter im Ausland getroffen worden?

Frage 4 (S. 15) - (Hr. Hürlimann): Rhodesien. Welche Verhältnisse bewogen den Bundesrat, seine in der Note vom 21. Januar 1969 an den UNO-Generalsekretär festgelegte Haltung zu ändern und die Konsularvertretung in Rhodesien zu schliessen?

Frage 5 (S. 18) - (Hr. Nänny): Der gesamte Personalbestand<sup>der</sup> in der Schweiz akkreditierten diplomatischen Missionen ist bis Ende November 1969 auf 1013 Personen angestiegen. Gegenüber dem Vorjahresbestand von 908 Personen beträgt der Zuwachs 105 Personen, d.h. fast 12 %. Schon längst ist es kein Geheimnis mehr, dass gewisse diplomatische Vertretungen einen Personalbestand aufweisen, der in keinem Verhältnis zum Umfang des zwischen diesen Ländern und der Schweiz unterhaltenen diplomatischen Verkehrs steht. Es ist auch offensichtlich, dass solche abnormal grosse Personalbestände teilweise zu nichts anderem dienen, als unter dem Schutz der diplomatischen Immunität im Gastland politischen Nachrichtendienst zu betreiben.





Dadurch ist die Schweiz zu einem internationalen Spionagezentrum geworden. Die jüngst aufgedeckten und sich immer wiederholenden Fälle, wo Angehörige diplomatischer Missionen in Affären illegalen Nachrichtendienstes verwickelt sind, sind die Bestätigung. Sie wecken im Schweizervolke Unwillen und Empörung. Hat der Bundesrat keine Möglichkeit, das unheimliche und teils undurchsichtige Ansteigen dieser Personalbestände zu verhindern oder wenigstens die Tätigkeit gewisser Missionen besser unter Kontrolle zu halten?

Question no 6 (p.31) - (M. Bolla): Legs Bardini: A grand regret, le Conseil fédéral est arrivé à la conclusion que la fondation d'une institution culturelle dans le sens du legs Bardini était irréalisable. Un cercle de personnes, représentant "l'intelligentsia" regrette la décision de renoncer à la réalisation du voeu du généreux mécène. Cette réalisation aurait permis de renforcer le rayonnement suisse dans le domaine culturel. Quels sont les motifs (financiers ou autres) de cette décision? Est-il exact que le gouvernement italien aurait été prêt à renoncer, sous condition de réciprocité, à la perception de tout impôt de succession?

Question no 7 (p.36/37) - (M. Clerc):- Aide bilatérale et aide multilatérale: Considérée du point de vue du pays bénéficiaire, l'aide multilatérale ne sera-t-elle pas, à longue échéance, plus efficace? Ne permettra-t-elle pas un équipement plus rationnel, plus complet et mieux planifié du pays en voie de développement?



Bern, den 30. April 1970

Ständerätliche Geschäftsprüfungskommission

Frage 1: Verzeichnis der aussenparlamentarischen Kommissionen im Geschäftsbereich des Politischen Departementes mit folgenden Angaben:

- a. Bezeichnung der Kommission und Name des Präsidenten.
- b. Aufgabe (sofern nicht schon aus der Bezeichnung ersichtlich).
- c. Wie oft ist die Kommission 1969 zusammengetreten, und welches ist der gegenwärtige Stand der Arbeiten (stichwortartige Schilderung) ?

Antwort:

- 1.a. Prüfungskommission für die Zulassung von Personal mit Hochschulbildung beim EPD; Präsident: Botschafter Dr. Max Troendle.
- b. Abnahme der Zulassungsprüfungen zum diplomatischen und konsularischen Dienst.
- c. Zwei Sitzungen. Es werden jedes Jahr eine Prüfung für die Zulassung auf Probe (Eintrittsprüfung) und eine Abschlussprüfung abgehalten.
- 2.a. Prüfungskommission für die Zulassung von Bewerbern als Beamte des Kanzleidienstes des EPD; Präsident: Konsul Georges Guibert.
- b. Abnahme der Zulassungsprüfung zum Kanzleidienst.
- c. Fünf Sitzungen. Es werden jährlich eine Prüfung für die Zulassung auf Probe (Eintrittsprüfung) und eine Abschlussprüfung abgehalten.
- 3.a. Kommission für Nationalisierungsentschädigungen; die Kommission besteht noch, jedoch wurden die Mandate der Mitglieder nicht erneuert.
- b. Durchführung der Globalabkommen betreffend die Entschädigung schweizerischer Interessen.
- c. Keine Sitzungen.
- 4.a. Kommission für Vorauszahlungen an schweizerische Opfer der national-sozialistischen Verfolgung; die Kommission besteht noch, jedoch wurden die Mandate der Mitglieder nicht erneuert.

- b. Durchführung des Bundesbeschlusses vom 20. September 1957 über die Gewährung von Vorauszahlungen an schweizerische Opfer der national-sozialistischen Verfolgung (AS 1958 199)
  - c. Keine Sitzungen.
- 5.a. Kommission für die Hilfe an kriegsgeschädigte Auslandschweizer; Präsident: Bundesrichter Dr. Pietro Mona.
- b. Durchführung des Bundesbeschlusses vom 13. Juni 1957 über eine ausserordentliche Hilfe an Auslandschweizer und Rückwanderer, die infolge des Krieges von 1939 bis 1945 Schäden erlitten haben (AS 1957 967).
  - c. Keine Sitzungen. Beschlüsse werden auf dem Zirkulationsweg gefasst.
- 6.a. Rekurskommission für Nationalisierungsentschädigungen; Präsidium vakant.
- b. Rekursinstanz für Entscheide der Kommission für Nationalisierungsentschädigungen und der Kommission für Vorauszahlungen an schweizerische Opfer der national-sozialistischen Verfolgung.
  - c. Keine Sitzungen.
- 7.a. Rekurskommission für die Hilfe an kriegsgeschädigte Auslandschweizer; Präsident: Bundesrichter Dr. Jean Castella.
- b. Rekursinstanz für Entscheide der Kommission für die Hilfe an kriegsgeschädigte Auslandschweizer.
  - c. Keine Sitzung, Entscheide werden auf dem Zirkulationsweg gefasst.
- 8.a. Eidgenössische beratende Kommission für Weltraumfragen; Präsident: Ständerat Dr. Eric Choisy.
- b. Prüfung der die Schweiz interessierenden Fragen auf dem Gebiet der Erforschung und Nutzung des Weltraumes unter Berücksichtigung der gemeinsamen Wissenschafts-, Wirtschafts- und Verwaltungsinteressen; Beratung des Bundesrates über die erforderlichen Massnahmen zur Förderung der diesbezüglichen Anstrengungen auf nationaler und internationaler Ebene.
  - c. 1969 keine Sitzungen. Am 13. Mai 1970 findet eine Sitzung statt.
- 9.a. Nationale UNESCO-Kommission; Präsident: Nationalrat Georges-André Chevallaz.



- 3 -

- b. Konsultations- und Verbindungsorgan.
  - c. 1969 eine Generalversammlung und insgesamt 48 Sitzungen von Sektionen und Ausschüssen. Keine grundsätzlich neuen Fragen seit der Veröffentlichung des Geschäftsberichts.
- 10.a. Konsultative Koordinationskommission für kulturelle Fragen des Europarates, Präsident: Botschafter Dr. Ernesto Thalmann.
- c. 1969 keine Sitzungen.
- 11.a. Stiftungsrat der Immobilienstiftung für internationale Organisationen (FIPOI); Präsident: Botschafter Dr. Ernesto Thalmann.
- b. Baukredite für internationale Organisationen.
  - c. 1969 sieben Sitzungen. Keine grundsätzlich neuen Fragen seit Veröffentlichung des Geschäftsberichtes.
- 12.a. Kommission für technische Zusammenarbeit; Präsident: Dr. Walter Stutzer, Chefredaktor des Tages-Anzeigers, Zürich.
- b. Beratung des Delegierten für technische Zusammenarbeit.
  - c. 1969 drei Sitzungen. Ausarbeitung von Grundsätzen für die Entwicklungshilfe.
- 13.a. Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung; Präsident der schweizerischen Delegation: Prof. Dr. Otto Jaag, Direktor der Eidgenössischen Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz.
- c. 1969 zwei Sitzungen. Bildung mehrerer Expertengruppen zur Untersuchung der verschiedenen Ursachen der zunehmenden Verschmutzung des Rheins.
- 14.a. Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee; Präsident der schweizerischen Delegation: Minister Dr. Emanuel Diez, Chef der Rechtsabteilung des EPD.
- c. 1969 eine Sitzung. Empfehlung von Massnahmen zur Bekämpfung der Verschmutzung des Bodensees.
- 15.a. Internationale Kommission zum Schutze des Genfersees gegen Verunreinigung; Präsident der schweizerischen Delegation: Rodolfo Pedrolì, stellvertretender Direktor des Eidgenössischen Amtes für Gewässerschutz.
- c. 1969 eine Sitzung. Empfehlung von Massnahmen zur Bekämpfung der Verschmutzung des Genfersees; Ausarbeitung von Richtlinien.

./.

- 4 -

- 16.a. Gemischte schweizerisch-italienische Kommission für den Strassentunnel unter dem Grossen St. Bernhard; Präsident der schweizerischen Delegation: Minister Dr. Emanuel Diez, Chef der Rechtsabteilung des EPD.
- b. Durchführung des Abkommens vom 23. Mai 1958 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Italienischen Republik über den Bau und den Betrieb eines Strassentunnels unter dem Grossen St. Bernhard.
- c. 1969 keine Sitzungen.
- 17.a. Schweizerische Seeschiffahrtskommission; Präsident: Nationalrat Dr. Edmund Wyss, Basel.
- b. Begutachtung von Fragen der Hochseeschiffahrt.
- c. 1969 keine Sitzungen. Prüfung einer Verordnung über Jachten unter Schweizerflagge, Fragen betreffend die Registrierung von Seeschiffen, Beitritt der Schweiz zu internationalen Konventionen.
- 18.a. Zentralkommission für die Rheinschiffahrt; Chef der schweizerischen Delegation: Nationalrat Dr. Alfred Schaller, Basel.
- b. Verwaltung der Rheinschiffahrt.
- c. 1969 fünf Sitzungen. Ausarbeitung von Schiffahrtsreglementen, insbesondere Annahme eines Schiffahrtspolizeireglementes, das am 1. Oktober 1970 in Kraft treten soll. Behandlung technischer Fragen.
- 19.a. Gemischte Kommission Bisingen; Präsident der schweizerischen Delegation: Botschafter Prof. Rudolf Bindschedler, Rechtsberater des EPD.
- b. Beratende Kommission für die Durchführung des Vertrages vom 23. November 1964 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über die Einbeziehung der Gemeinde Bisingen am Hochrhein in das schweizerische Zollgebiet.
- c. 1969 eine Sitzung. Es sind keine Fragen offen.
- 20.a. Gemischte technische Grenzkommission für die Festlegung der Grenze gemäss dem Vertrag vom 23. November 1964 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über die Bereinigung der Grenze im Abschnitt Konstanz-Neuhausen am Rheinfluss; die schweizerische Delegation besteht aus zwei Mitgliedern, kein Präsident.

./.



- 5 -

- b. Absteckung, Vermarkung und Vermessung der Grenze im genannten Abschnitt, Erstellen der Pläne.
  - c. Die Kommission hat ihre Arbeiten weitgehend beendet und erstattet demnächst ihren Schlussbericht.
- 21.a. Gemischte schweizerisch-deutsche Kommission gemäss dem Abkommen vom 1. Juni 1961 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt; Präsident der schweizerischen Delegation: Oberzolldirektor Dr. Charles Lenz.
- b. Vorbereitung der Vereinbarungen betreffend die einzelnen Grenzabfertigungsstellen.
  - c. 1969 keine Sitzungen.
- 22.a. Gemischte schweizerisch-österreichische Kommission gemäss dem Abkommen vom 2. September 1963 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Oesterreich über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung während der Fahrt; Präsident der schweizerischen Delegation: Oberzolldirektor Dr. Charles Lenz.
- b. Vorbereitung der Vereinbarungen betreffend die einzelnen Grenzabfertigungsstellen.
  - c. 1969 keine Sitzungen.
- 23.a. Gemischte schweizerisch-italienische Kommission gemäss dem Abkommen vom 11. März 1961 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Italienischen Republik über die nebeneinanderliegenden Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung während der Fahrt; Präsident der schweizerischen Delegation: Oberzolldirektor Dr. Charles Lenz.
- b. Vorbereitung der Vereinbarungen betreffend die einzelnen Grenzabfertigungsstellen.
  - c. 1969 keine Sitzungen.
- 24.a. Gemischte schweizerisch-französische Kommission gemäss dem Abkommen vom 28. September 1960 zwischen der Schweiz und Frankreich über die nebeneinanderliegenden Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung während der Fahrt; Präsident der schweizerischen Delegation: Oberzolldirektor Dr. Charles Lenz.

./.

- b. Vorbereitung der Vereinbarungen betreffend die einzelnen Grenzabfertigungsstellen.
  - c. 1969 eine Sitzung.
- 25.a. Ständige schweizerisch-französische Kommission für die Freizonen; Präsident der schweizerischen Delegation: Oberzolldirektor Dr. Charles Lenz.
- b. Vorschläge zur Regelung der landwirtschaftlichen und industriellen Kontingente für die Einfuhr aus den Freizonen in die Schweiz.
  - c. 1969 eine Sitzung.
- 26.a. Gemischte Kommission gemäss dem Abkommen vom 25. April 1956 zwischen der Schweiz und Frankreich betreffend den Ausbau des Flughafens Genf-Cointrin und die Errichtung von nebeneinanderliegenden Kontrollbureaux der beiden Staaten in Ferney-Voltaire und in Genf-Cointrin; Präsident der schweizerischen Delegation: H. Weibel, Chef der Unterabteilung Bodenorganisation des Eidgenössischen Luftamtes.
- b. Bereinigung von Schwierigkeiten bei der Durchführung des Abkommens.
  - c. 1969 keine Sitzungen.
- 27.a. Gemischte schweizerisch-französische Kommission gemäss dem Abkommen vom 10. März 1965 zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Französischen Republik über die Vermarkung und den Unterhalt der Grenze; Präsident der schweizerischen Delegation: Dr. Guido Riva, Sektionschef Ia der Rechtsabteilung des EPD.
- b. Festlegung der Arbeiten zum Unterhalt der Grenze.
  - c. 1969 eine Sitzung.
- 28.a. Gemischte schweizerisch-französische Kommission zur Prüfung kleinerer Bereinigungen der schweizerisch-französischen Grenze; Präsident der schweizerischen Delegation: Botschafter Prof. Rudolf Bindschedler, Rechtsberater des EPD.
- c. 1969 keine Sitzungen.
- 29.a. Schweizerisch-italienische Kommission zum Unterhalt der Grenze; Präsident der schweizerischen Delegation: Ernst Huber, dipl.Ing., Direktor der Eidgenössischen Landestopographie.
- c. 1969 keine Sitzungen.



- 30.a. Beförderungskommission I; Präsident: Botschafter Pierre Micheli, Generalsekretär des EPD.
- b. Beratendes Organ für den Departementsvorsteher; Beratung über sämtliche Beförderungen von Beamten des EPD in den Besoldungsklassen 1-8. Aufstellung von Beförderungsvorschlägen. Begutachtung der Gesuche von Beamten zur Erwirkung eines rekursfähigen Entscheides betreffend Nichtbeförderung.
- c. 1969 zwei Sitzungen.
- 31.a. Beförderungskommission II; Präsident: Konsul Georges Guibert, Strassburg.
- b. Beratendes Organ für den Chef der Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten des EPD; Beratung über sämtliche Beförderungen von Beamten des EPD in den Besoldungsklassen 9-25. Aufstellung von Beförderungsvorschlägen. Begutachtung der Gesuche von Beamten zur Erwirkung eines rekursfähigen Entscheides betreffend Nichtbeförderung.
- c. 1969 zwei Sitzungen.



3003 Bern, den 29. April 1970.

Ständerätliche Geschäftsprüfungskommission

Frage 2: Welche "Delegierte" für besondere Aufgaben sind im Geschäftsbereich Ihres Departements tätig? Welches ist ihr Rechtsverhältnis zum Bund? Sind sie haupt- oder nebenamtlich tätig?

Antwort: Der Delegierte des Bundesrats für technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern ist der einzige "Delegierte" im Politischen Departement.

Der Posten wurde anfangs 1961 geschaffen, als eine wesentliche Ausdehnung der bisher nur rudimentär vorhandenen Entwicklungshilfe des Bundes geplant wurde und sich eine Zusammenfassung der auf verschiedene Verwaltungsstellen aufgeteilten Aufgaben aufdrängte. Dem Delegierten wurde der in der Abteilung für Internationale Organisationen untergebrachte "Dienst für technische Hilfe", der kurz vorher vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit übernommen worden war, unter Umbenennung in "Dienst für technische Zusammenarbeit" unterstellt. Ferner wurde ein "Komitee für technische Zusammenarbeit" gebildet, das insbesondere die Koordination unter den Departementen in Angelegenheiten der Entwicklungshilfe zur Aufgabe hatte. Ausserdem ernannte der Bundesrat eine "Kommission für technische Zusammenarbeit" aus Persönlichkeiten ausserhalb der Verwaltung, die an die Stelle der früher bestehenden "Koordinationskommission für technische Zusammenarbeit" trat.

Diese organisatorischen Massnahmen erlaubten, die neuen Aufgaben auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe zu bewältigen. Der Mitarbeiterstab des Delegierten stieg in der Folge rasch an. Er beträgt heute 71 Einheiten. Es handelt sich



teils um Personal des Aussendienstes, das vorübergehend zugeteilt, teils um Personal der allgemeinen Dienste, das eigens für Aufgaben der Entwicklungshilfe rekrutiert oder aus anderen Verwaltungszweigen übernommen wurde.

Der Delegierte für technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern ist ein hauptamtlich tätiger Beamter des Bundes. Der Posten wurde bisher von drei Personen bekleidet, die den Status eines Beamten des diplomatischen Dienstes hatten.

Der Delegierte für technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern wird schon seit Jahren einer Abteilung gleichgestellt. Der Expertenkommission für die Revision des Organisationsgesetzes wurde vorgeschlagen, den tatsächlichen Verhältnissen durch die Abschaffung des Postens eines Delegierten und die Schaffung einer Abteilung für Entwicklungshilfe Rechnung zu tragen.



Bern, den 4. Mai 1970

Ständerätliche Geschäftsprüfungskommission

Frage 3: Welche Massnahmen sind zur Verstärkung des Schutzes unserer diplomatischen Vertreter im Ausland getroffen worden?

Antwort: Es ist davon auszugehen, dass die Regierung des Gastlandes völkerrechtlich verpflichtet ist, für den Schutz der ausländischen diplomatischen Vertreter besorgt zu sein. So bestimmt denn auch das Wiener Uebereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961 in Artikel 29 ausdrücklich, "der Empfangsstaat behandelt den diplomatischen Vertreter mit gebührender Achtung und trifft alle geeigneten Massnahmen, um jeden Angriff auf seine Person, seine Freiheit oder seine Würde zu verhindern".

Die einzige Massnahme, welche die Schweiz treffen könnte, um den Schutz ihrer diplomatischen Vertreter im Auslande zu verstärken, würde in der Zuteilung von bewaffneten Leibwächtern bestehen. Bis jetzt hat kein schweizerischer Diplomat ein entsprechendes Begehren gestellt, ja ein Botschafter, dem ein solcher Wächter angeboten wurde, hat auf dessen Zuteilung verzichtet. Wenn es nämlich beim Ueberfall zu einem Kugelwechsel käme, bestünde die Gefahr, dass die bewaffneten Angreifer - die bandenmässig vorgehen und somit in der Ueberzahl sind - den Diplomaten und seinen Leibwächter auf der Stelle erschliessen.

Sofern eine fremde Regierung, wie kürzlich jene von Guatemala, bereit ist, besondere Schutzmassnahmen anzuordnen (Polizeibegleitung während der Dienstfahrten, polizeiliche oder militärische Bewachung zu Hause), übernimmt der Bund die sich daraus ergebenden Kosten.



EIDGENOESSISCHES POLITISCHES  
DEPARTEMENT

Bern, den 30. April 1970

a.123.21 - GE/GB/an

Ständerätliche Geschäftsprüfungskommission

Frage 4 : (Hr. Hürlimann) : Rhodesien.

Welche Verhältnisse bewogen den Bundesrat, seine in der Note vom 21. Januar 1969 an den UNO-Generalsekretär festgelegte Haltung zu ändern und die Konsularvertretung in Rhodesien zu schliessen ?

Antwort : Der Entscheid des Bundesrates über die Schliessung des Schweizerischen Konsulates in Salisbury war eine Frage der Zweckmässigkeit, wobei es galt auch die Auswirkungen des Beschlusses auf andere Staaten in Berücksichtigung zu ziehen, so hauptsächlich was die Dritte Welt anbetrifft. Da mit Ausnahme von Portugal und der Republik Südafrika alle noch in Rhodesien vertretenen Staaten beschlossen haben, ihre dortigen Vertretungen nach der Proklamation der Republik Rhodesien vom 2. März 1970 zu schliessen, musste der neu geschaffenen Lage auch schweizerischerseits Rechnung getragen werden. Kein einziges Land hat die Unabhängigkeit Rhodesiens offiziell anerkannt und es stellten sich für uns in völkerrechtlicher Hinsicht keine Probleme.

Bei der Beurteilung der Frage der Schliessung des Konsulates durfte nicht allein auf die Lage der Schweizerbürger in Rhodesien abgestellt werden, sondern es ging auch darum, das Los unserer Landsleute in den schwarzafrikanischen Staaten gebührend zu berücksichtigen. An der Ministerratssitzung der OAU (Organization for African Unity) in Addis Abeba von anfangs März 1970 wurden bekanntlich Stimmen laut, die Sanktionen gegen diejenigen Staaten forderten, die mit Rhodesien weiterhin Beziehungen unterhalten. Eine Aufrechterhaltung unseres Konsulates

./.



- 2 -

hätte als De-facto-Anerkennung der Republik Rhodesien ausgelegt werden und zu einem vermehrten Druck der schwarzafrikanischen Staaten, sowie zu allfälligen Retorsionsmassnahmen gegen die Schweiz führen können.

Die Interessen der in Rhodesien lebenden Schweizerbürger werden vom Schweizerischen Generalkonsulat in Johannesburg wahrgenommen, das bereits früher schon mit dieser Aufgabe betraut war.

Bern, den 1. Mai 1970

Ständerätliche Geschäftsprüfungskommission

Frage 5: Der gesamte Personalbestand der in der Schweiz akkreditierten diplomatischen Missionen ist bis Ende November 1969 auf 1013 Personen angestiegen. Gegenüber dem Vorjahresbestand von 908 Personen beträgt der Zuwachs 105 Personen, d.h. fast 12%. Schon längst ist es kein Geheimnis mehr, dass gewisse diplomatische Vertretungen einen Personalbestand aufweisen, der in keinem Verhältnis zum Umfang des zwischen diesen Ländern und der Schweiz unterhaltenen diplomatischen Verkehrs steht. Es ist auch offensichtlich, dass solche anormal grosse Personalbestände teilweise zu nichts anderem dienen, als unter dem Schutz der diplomatischen Immunität im Gastland politischen Nachrichtendienst zu betreiben. Dadurch ist die Schweiz zu einem internationalen Spionagezentrum geworden. Die jüngst aufgedeckten und sich immer wiederholenden Fälle, wo Angehörige diplomatischer Missionen in Affären illegalen Nachrichtendienstes verwickelt sind, sind die Bestätigung. Sie wecken im Schweizer Volk Unwillen und Empörung. Hat der Bundesrat keine Möglichkeit, das unheimliche und teils undurchsichtige Ansteigen dieser Personalbestände zu verhindern oder wenigstens die Tätigkeit gewisser Missionen besser unter Kontrolle zu halten ?

Antwort: Der Personalbestand der in Bern beglaubigten diplomatischen Missionen weist nicht von Jahr zu Jahr ein ständiges Wachstum auf. Der Vergleich mit 1968 zeigt wohl eine Zunahme, die indessen nicht so gross sein dürfte, wie es den Anschein hat.

Im Jahre 1968 war gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung um ungefähr 40 Personen eingetreten.

Auf Grund neuer Weisungen sind die Zahlen des letzten Geschäftsberichtes für den November geliefert worden, also die Zeit kurz vor der Abreise des Personals, das im allgemeinen auf Jahresende versetzt wird. Vorher war für die Statistik der 31. Dezember massgebend, also der Zeitpunkt, nachdem die versetzten Mitarbeiter die Schweiz verlassen hatten, aber vor der Ankunft ihrer Nachfolger. Zudem hat die Zahl der in Bern beglaubigten diplomatischen Missionen seit 1967 um 4 zugenommen.

Die zuständigen Stellen des Politischen Departementes üben eine Kontrolle aus über die Personalbestände der diplomatischen Missionen und würden, wenn sie eine wirklich ungewöhnliche Zunahme feststellten, die nötigen Schritte unternehmen. Andererseits ist es Sache der Bundesanwaltschaft, darauf zu achten, dass die Tätigkeit dieses Personals sich im Rahmen seiner Aufgaben hält. Sie würde dem Politischen Departement allenfalls festgestellte Regelwidrigkeiten melden, und es würden alsdann entsprechende Massnahmen getroffen.

Sollte eine ausländische Mission mit einer unserer Ansicht nach übertrieben grossen Anzahl von Mitarbeitern versehen sein, so könnte laut Artikel 11 des Wiener Uebereinkommens über diplomatische Beziehungen vom 21. Juni 1963 deren Begrenzung verlangt werden.



DEPARTEMENT POLITIQUE FEDERAL

Berne, le 4 mai 1970

ConfidentielCommission de gestion du Conseil des Etats

Question 6 (p.31) - (M. Bolla): Legs Bardini: A grand regret, le Conseil fédéral est arrivé à la conclusion que la fondation d'une institution culturelle dans le sens du legs Bardini était irréalisable. Un cercle de personnes, représentant "l'intelligentsia" regrette la décision de renoncer à la réalisation du vœu du généreux mécène. Cette réalisation aurait permis de renforcer le rayonnement suisse dans le domaine culturel. Quels sont les motifs (financiers ou autres) de cette décision ? Est-il exact que le gouvernement italien aurait été prêt à renoncer, sous condition de réciprocité, à la perception de tout impôt de succession ?

RéponseA. Nature de la succession

La succession de M. Bardini se composait pour l'essentiel de

a) immeubles inaliénables

- un vaste palais du 13e s. (palais Mozzi) au centre de Florence, entouré d'un parc de trois hectares environ où se trouve aussi une maison de maître datant du début du siècle
- deux petits immeubles de rapport situés en ville et aménagés en appartements.

b) immeubles aliénables

- une villa à Florence
- un domaine agricole en Toscane (déjà vendu par le curateur de la succession pour couvrir les frais d'administration de la succession).

c) biens immobiliers

une collection d'objets anciens dans le palais Mozzi et la maison de maître. Cette collection était en fait le stock d'antiquités du commerce de M. Bardini et de son père qui étaient tous deux antiquaires.

B. Première réaction du Conseil fédéral

Le Conseil a pris connaissance en décembre 1965 du testament de Ugo Bardini qui était décédé en septembre. Il a fait savoir en juin 1966 (communiqué de presse du 27 juin) au gouvernement italien qu'il était disposé à accepter cette succession mais qu'il devait réserver sa décision définitive jusqu'à plus ample informé. Cette réponse provisoire avait été donnée sur la base d'un premier examen des biens composant la succession et d'une étude

préliminaire sur les problèmes que poserait la réalisation de l'institut envisagé par le testateur. Elle devait permettre d'entamer des études plus approfondies et d'entrer en pourparlers, le moment venu, avec le gouvernement italien, pour éclaircir tous les points nécessaires à l'adoption d'une décision définitive.

### C. Les études

Le Conseil fédéral a créé une commission ad hoc d'experts dont la présidence a été assumée par le Professeur Karl Schmid et qui comptait des représentants des Départements de l'intérieur et des finances, du Département politique, de Pro Helvetia, ainsi que des milieux universitaires et artistiques. Cette commission s'est aussi rendue à Florence pour inspecter les lieux. Un petit comité d'antiquaires a été chargé d'examiner les collections.

### D. Conclusions

a) En ce qui concerne les immeubles, force a été de constater leur extrême délabrement. Dans leur état actuel, ils étaient inhabitables et inutilisables. Le parc était mal entretenu.

A première vue, les travaux de réfection et d'aménagement indispensables ont été évalués au minimum à une dizaine de millions de francs. Certes, on pouvait croire qu'une partie de cette somme pouvait être couverte par la vente des immeubles alinéables et des collections, mais il convient à cet égard de remarquer que le curateur avait déjà dû procéder à des ventes partielles importantes et que les ventes futures ne suffisaient à couvrir ni les frais de restauration, ni ultérieurement les frais d'entretien et d'exploitation.

Les travaux de restauration présentaient un caractère très complexe, car les immeubles sont situés dans une zone historique protégée.

b) Les collections qui remplissaient littéralement les bâtiments et dont il n'existait pas d'inventaire adéquat étaient disparates, d'une valeur difficile à fixer et très inégale. L'écoulement massif sur le marché d'une telle quantité d'objets aurait posé des problèmes, ceci d'autant plus que la vente se heurtait à certaines des dispositions de la loi régissant la protection du patrimoine artistique italien ainsi que l'exportation des objets d'art.

c) Selon le testament, la succession Bardini devait être consacrée à la création d'un institut culturel italo-suisse ou de caractère universel, c'est-à-dire ouvert à des tiers. Vu la grandeur des bâtiments et l'existence d'un institut culturel suisse à Rome, la commission d'experts a jugé que seule la deuxième formule pouvait être retenue. Malheureusement, il a été impossible de trouver pour l'institut un but original. Florence compte déjà d'innombrables musées et est le siège de beaucoup



- 3 -

d'instituts culturels dont plusieurs ont vu leur activité diminuer progressivement ces dernières années. Cette situation reflète l'évolution de la vie culturelle moderne. Un institut trop spécialisé ne peut accueillir qu'un nombre très restreint de chercheurs; une institution aux activités trop vagues n'a pas le rayonnement nécessaire non plus. Les suggestions qui ont été faites (lieu de rencontres culturelles, institut d'études sur la renaissance, école de restaurateurs, etc.) ne présentaient pas suffisamment d'intérêt pour la Confédération qui doit établir de strictes priorités dans l'emploi de ses ressources, notamment dans le domaine de la recherche et des études supérieures. Enfin - et c'est un élément qui a pesé dans la décision du Conseil fédéral -, certains milieux florentins voyaient d'un mauvais oeil l'installation d'un institut étranger au palais Mozzi et étaient très hostiles à la perspective de l'exportation des objets d'art.

La conclusion négative du Conseil fédéral est certes regrettable, mais plutôt que de créer une institution sans finalité définie et fort coûteuse à court et à long terme, il était préférable de faire preuve de réalisme en reconnaissant l'impossibilité de traduire dans les faits le projet généreux de M. Ugo Bardini. Par correction envers l'Italie et le Saint-Siège qui sont les héritiers en cas de refus de la Suisse, il n'était pas possible de prolonger outre mesure le statu quo et de poursuivre indéfiniment les études en espérant une solution facile des innombrables problèmes juridiques et financiers posés par l'exécution du testament. Le Conseil fédéral se devait d'informer sans plus tarder le gouvernement italien de la conclusion à laquelle il était parvenu.

#### E. Relations avec l'Italie

Les diverses questions, notamment juridiques, liées à l'acceptation éventuelle du testament Bardini ont été explorées avec les autorités italiennes lors d'échanges de vues en 1968. La délégation suisse était dirigée par M. Brenno Galli, Conseiller national. Les autorités italiennes ont apporté dans toute cette affaire un esprit de coopération dont le Conseil fédéral a tenu à remercier le gouvernement italien. Il est très probable que nous aurions pu obtenir certaines concessions d'ordre fiscal du gouvernement italien, mais ce n'eût été là qu'un allégement très minime des énormes charges à court et à long terme que représentait la création d'un institut culturel viable.

3003 Berne, le 29 avril 1970

Commission de gestion du Conseil des Etats

Question 7 : Aide bilatérale et aide multilatérale : Considérée du point de vue du pays bénéficiaire, l'aide multilatérale ne sera-t-elle pas, à longue échéance, plus efficace ? Ne permettra-t-elle pas un équipement plus rationnel, plus complet et mieux planifié du pays en voie de développement ?

Réponse : A ses débuts, l'aide au développement était fournie par certains pays développés, individuellement, ce qui a eu pour conséquence, la réalisation parallèle de divers projets bilatéraux, sans liens entre eux. Ces projets ne pouvaient, ainsi, s'insérer qu'exceptionnellement dans un plan de développement d'ensemble, pour autant qu'un tel plan existât. C'est pourquoi, la tendance toujours plus marquée d'élaborer des plans nationaux de développement, outils indispensables pour une politique cohérente de développement, s'est renforcée en partie aussi pour endiguer une prolifération désordonnée de projets bilatéraux et ceci souvent à l'instigation d'institutions internationales. Toutefois, même par la suite, on n'a pas toujours pu éviter que des projets d'aide bilatérale ait été offerts et parfois même imposés aux pays en développement en dehors de leur plan de développement. Ainsi des ressources financières de pays en développement, soit leur part dans l'exécution des projets, ont été utilisées inutilement ou de manière peu rationnelle. Ces pressions sont moindres de la part des organisations internationales dispensatrices de l'aide multilatérale, les pays en développement étant membres de la plupart d'entre elles.



Par ailleurs les organisations mondiales, régionales et sous-régionales qui s'occupent d'aide au développement, possèdent collectivement une somme importante d'expériences et de compétences spécialisées. Elles disposent, en outre, de moyens financiers importants qui dépassent les possibilités des pays développés pris individuellement. De plus, contrairement à l'aide bilatérale qui est liée le plus souvent, l'aide multilatérale est, en règle générale, libre, ce qui permet aussi à des pays en développement de fournir des biens d'équipement. En outre, le fait que l'aide multilatérale ne soit liée qu'exceptionnellement, permet de fournir aux pays en développement des biens d'équipement et les services de consultants à meilleur marché, puisque les appels d'offres sont internationaux, ce qui permet d'accepter les offres les plus favorables.

Enfin, afin de planifier le développement plus rationnellement et à long terme, il a été généralement admis, lors de la session spéciale du PNUD de mars dernier, que l'aide de ce Programme (principal fonds des Nations Unies dans le domaine de la coopération technique et du préinvestissement) devra être fondée désormais sur des programmes nationaux; ces programmes seront établis dans les pays en développement eux-mêmes en fonction des plans de développement ou, s'il n'y en a pas, en tenant compte des priorités nationales de développement; ils seront fondés sur des chiffres de planification indicative. Ces chiffres devront donner l'ordre de grandeur des ressources que les pays bénéficiaires pourront escompter du PNUD pendant la période sur laquelle porte le programme. Les programmes nationaux seront établis par les gouvernements des pays bénéficiaires en coopération avec les représentants du

système des Nations Unies et on s'efforcera, en mettant au point ces programmes, d'intégrer, à l'échelle des pays, les autres apports provenant du système des Nations Unies, en particulier ceux du Programme alimentaire mondial (PAM), du Fonds international de secours aux enfants (FISE) et de certaines institutions spécialisées. Il appartiendra en outre aux gouvernements de tenir compte, en dressant le schéma des programmes nationaux, des autres ressources, bilatérales et multilatérales, d'apports extérieurs.

Il faut souligner, cependant, qu'une décision définitive n'a pas encore été prise quant à la programmation nationale, mais la tendance sur le plan multilatéral va entièrement vers une conception intégrée des aides extérieures fournies par le système des Nations Unies, ce qui devrait permettre de répondre toujours plus efficacement aux besoins des pays en développement. Au vu de ce qui précède il est possible de répondre affirmativement à la question posée.